



Francesca Palazzi

«Die Solidaritätsachse hat sich verschoben»

Bundesrat und Parlament ist vor 15 Jahren mit dem Krankenversicherungsgesetz eine bedeutende Reform des Gesundheitswesens gelungen. Doch nun stecken sie im damals gefundenen Kompromiss fest, sagt der Politologe Björn Uhlmann.

Sie haben die parlamentarischen Debatten vor der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Jahr 1996 analysiert und schreiben in Ihrem Buch, dass den politischen Parteien damals ein erstaunlicher Kompromiss gelungen ist. Inwiefern erstaunlich?

Die Reform des Vorgängergesetzes aus dem Jahr 1911 stand seit den 1970er Jahren auf der politischen Agenda und gewann mit jeder gescheiterten Vorlage an Dring-

«Die Situation ist verfahren. Niemand kann vom Kompromiss abweichen.»

lichkeit. Erst in den 1990er Jahren gelang es der CVP, die SP und die FDP trotz unterschiedlichen Positionen in das gleiche Boot zu holen. Während sich die SP für eine umfassende Solidarität zwischen den Versicherten einsetzte, stand für die FDP die Kostendämpfung im Vordergrund. Ein Versicherungsobligatorium für die ganze Bevölkerung, das die Kollektivversicherun-

gen der einzelnen Berufsstände ablöste und den Wettbewerb auf dem Gesundheitsmarkt beflügeln sollte, kam allen Akteuren entgegen.

Mehr erzwungene Solidarität und zugleich Kosten sparen?

Ja, dieser Gedanke ermöglichte den Konsens zwischen SP, CVP und FDP, um den im Parlament hart gerungen wurde. Die SVP war nicht einverstanden, verlor aber, weil sich das Stimmvolk für das neue Gesetz aussprach. Im Vergleich zum Vorgängergesetz bedeutet das KVG eine grosse Verschiebung auf der Solidaritätsachse. Vorher waren die Prämien für Mann und Frau unterschiedlich hoch, jetzt sind sie für beide Geschlechter einer bestimmten Altersgruppe gleich.

Die Solidarität hat sich mit dem Obligatorium also ausgeweitet, die Kosten aber steigen weiter. Hat sich die FDP getäuscht?

Nein. Damals war sie überzeugt, dass die Kosten mit organisatorischen Massnahmen und mit verstärktem Wettbewerb in den Griff zu kriegen seien, sonst hätte sie sich nicht in die Koalition einbinden

lassen. Aus heutiger Sicht hat die FDP den Anstieg der Leistungen und den technischen Fortschritt in der Medizin wohl unterschätzt.

Bei welchen Wunschvorstellungen hat die SP Abstriche gemacht?

Das Krankenversicherungssystem in der Schweiz enthält zwar soziale Elemente, aber es ist von der Finanzierung her ein liberales System mit starken marktwirtschaftlichen Akzenten geblieben. Im Vergleich mit anderen europäischen Ländern lässt sich das System der Schweiz nur schwer einordnen, es ist ein Mischwesen.

Lässt Ihre Analyse Aussagen über die Zukunft unseres Gesundheitssystems zu?

Die Politik schraubt dauernd am Gesundheitswesen herum. Trotzdem sind seit der Einführung des KVG richtungweisende Reformversuche gescheitert. Die Situation ist verfahren, denn niemand kann vom mühselig errungenen Kompromiss abweichen. Nur Bereiche, die politisch nicht sensibel sind und die fundamentalen Werte der Parteien nicht in Frage stellen, sind im Moment reformfähig. Grössere Reformvorhaben sind erst wieder denkbar, wenn es im Parlament zu weitgehenden Machtverschiebungen kommt oder wenn sich das ideologische Spektrum einer Partei ändert. Interview ori ■

Björn Uhlmann doktort unter der Leitung von Dietmar Braun am Institut d'études politiques et internationales der Universität Lausanne. Gemeinsam haben sie das Buch «Die schweizerische Krankenversicherungspolitik zwischen Veränderung und Stillstand» geschrieben, das soeben im Rüegger-Verlag erschienen ist.